

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

5.7.1923 (No. 153)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend  
Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 1923 4 — Einzelnummer 300 A — Anzeigengebühr: 500 A für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Natur, der als Kassentakt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Anforderverfahren fällt der Abdruck fort. Erklärungen über Karlsruher Zeitung. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang aber nicht erlischt. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusendungen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Die Frage einer britischen Sonderaktion.

Der britisch-französische Gegensatz offenbart sich am stärksten in den Auseinandersetzungen zwischen der Londoner und der Pariser Presse. Es hat da seit etwa einer Woche eine Kontroverse eingekehrt, die überaus interessant ist; denn sie läßt bereits eine Art journalistischen Kriegszustand zwischen den beiden Ländern erkennen. So, wie es hier geschieht, unterhalten sich Freunde und Alliierte nicht mehr. So unterhalten sich nur zwei Völker, die innerlich und äußerlich auseinandergeraten sind, leider aber noch durch ganz bestimmte Verträge und Interessen gemeinsam an der Lösung von wichtigen Problemen beteiligt sind. Was die Schärfe und Entschiedenheit des Ausdrucks betrifft, so läßt sich feststellen, daß auch die Londoner Presse vor energischen Formulierungen nicht mehr zurückschreckt und sich offensichtlich bemüht, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, ohne Rücksicht darauf, ob das nun den Franzosen gefällt oder nicht.

Eine gewisse Zurückhaltung legen sich nur die der Regierung besonders nahestehenden Blätter auf. Und so konnte es kommen, daß dieser Tage der Pariser „Temps“ einen Artikel veröffentlichte, der hier und da als der erste Beweis eines Entgegenkommens gedeutet wurde. Ob diese Deutung richtig ist, können wir von hier aus nicht beurteilen. Der Ton, den die übrigen Pariser nationalpolitischen Blätter anstimmen, ist jedenfalls so, daß man zurzeit auf ein Einlenken der französischen Politik nicht zu hoffen braucht.

Am klarsten und ehrlichsten hat sich dabei die „Liberte“ ausgesprochen, indem sie erklärte, es gebe für Frankreich in seinen Beziehungen zu Deutschland nur die eine Alternative, nämlich die, ob Deutschland oder Frankreich am Boden liege. Ein friedliches Arrangement zwischen den beiden Ländern können sich die Pariser Chauvinisten also nicht vorstellen. Es darf immer nur einen herrschend Sieger und einen unterworfenen Besiegten geben. Und da Frankreich sich zurzeit in der Rolle des ersteren befindet, denkt der Pariser Chauvinismus gar nicht daran, Deutschland auch nur irgendwelche Erleichterung zu gewähren, um so eine Gefundung möglichst für immer zu verhindern. Es ist gut, daß das genannte Pariser Blatt aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht hat. Nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt erfährt hier wieder einmal aus berufenem Munde, wie man sich in den Kreisen der Pariser Chauvinisten, die noch immer die gesamte französische Außenpolitik maßgebend beeinflussen, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich denkt. Man wird im Ausland von neuem einsehen lernen, daß von diesem Frankreich ein Einlenken in die Bahnen der Vernunft zurzeit nicht zu erwarten ist.

Die öffentliche Meinung in England hat das bereits eingesehen und zieht aus dieser Einsicht die nötige Konsequenz. Zunächst natürlich nur auf dem Papier. Aber auch das ist bedeutsam genug. Diese Konsequenz besteht darin, daß die Londoner Presse ganz offen von der Möglichkeit einer britischen Sonderaktion spricht. So sagt z. B. der „Star“, daß ja auch Frankreich, ohne auf England zu hören, ins Ruhrgebiet marschiert sei, damit also eine Sonderaktion von sich aus unternommen habe, und daß man demnach England gerechterweise eine ähnliche Sonderaktion nicht verwehren könne. Das eine sei nicht unfreundlicher, als das andere. Immer wieder wird aber von den verschiedensten Londoner Blättern betont, es sei jetzt die höchste Zeit, daß die britische Regierung Frankreich klar mache, daß die Geduld Englands erschöpft sei. Auch England ist an den Reparationen interessiert, auch England leidet — und zwar mit jedem Tage mehr — unter der katastrophalen Wirtschaftslage in Mitteleuropa, also will auch England, daß man auf sein Wort hört, und daß seine Interessen gewahrt werden. Eine solche Wahrung englischer Interessen würde eben darin bestehen, daß England direkt mit uns verhandelt oder versucht, die Reparationsfrage auf einer allgemeinen Konferenz zu lösen, an der Frankreich nicht teilnimmt.

Was ein solches Sonderangebot praktisch bedeuten würde, darüber wird man sich in Paris wohl nicht im unklaren sein. Es könnte passieren, daß irgend eine Sonderabmachung direkt gegen Frankreich gerichtet ist oder doch zum mindesten vor der französischen Po-

litik eine Barriere errichtet, die einzurennen Frankreich nur durch einen Krieg möglich wäre. Wie eine britische Sonderaktion im einzelnen aussehen würde, darüber ist schwer etwas zu sagen. Die Hauptsache ist und bleibt die, daß überhaupt von der Möglichkeit einer solchen gesprochen wird. Frankreich ist, wie uns bedünken will, dadurch hinreichend gewarnt. Der französische Eigensinn ist bisher immer im wesentlichen durch britische Nachgiebigkeit beantwortet worden. Warum soll nicht von jetzt ab gleiches Recht für alle gelten, und dem französischen Trotz der britische Trotz entgegengesetzt werden? Sicherlich ist die geballte Faust noch das einzige, was Frankreich imponieren wird. Eine Auffassung, die wir hier schon seit dem Jahre 1919 vertreten haben. Wir vermögen dank der Entwaffnungsbestimmungen Frankreich die geballte Faust nicht mehr zu zeigen. Sehr zum Schaden Englands! Also ist es an England selbst und seinen Gefinnungsgenossen, diese Aufgabe zu übernehmen.

Daß England grundsätzlich entschlossen ist, die Methode der Geduld und Nachgiebigkeit aufzugeben, beweist der englische Antrag auf Unterjochung der Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet. Soweit sich die diesbezüglichen Verhandlungen im Völkerbundsrat bis jetzt überblicken lassen, hat England, das durch Lord Robert Cecil vertreten wird, nicht schlecht abgeschnitten. Frankreich ist durchaus in die Defensive gedrängt worden. Und wenn die Sitzung des Völkerbundsrats im Sinne Lord Cecil's endigen wird, wird sicherlich auch das uneingeschränkte Regiment Frankreichs im Saargebiet sein Ende erreicht haben.

Interessant aus den Beratungen ist eine Bemerkung des französischen Vertreters Sanotau. Sie lautet: „Wenn die Saarbevölkerung in dem Maße verflaut wäre, wie man es immer schildert, dann hätten Gewalttätigkeiten der Bevölkerung die Folge sein müssen. Da dies nicht der Fall gewesen ist, ist ein Beweis für das Wohlergehen der Bevölkerung.“ Diese Äußerung kommt uns sehr gelegen in einer Zeit, in der sich Frankreich über den positiven Widerstand an der Ruhr aufregt. Würden wir also die Ruhrbesetzung ruhig und geduldig, ohne alles Aufbäumen nationaler Leidenschaft hingenommen haben, dann würde nach der Auffassung Frankreichs dadurch bewiesen worden sein, daß wir mit dem Verlauf der Dinge zufrieden sind, und daß es der Bevölkerung an der Ruhr wohlhergeht! Man wird sich den Ausdruck des Herrn Sanotau merken müssen und man wird darauf Bedacht zu nehmen haben, ihn auch dem Auslande bei jeder passenden Gelegenheit zu servieren. Klug war er jedenfalls nicht!

### \* Profit und Vaterland.

(Drei Lesefrüchte.)

**Volnare im Senat:**  
„Es versteht kein Land, an dem nicht ein deutscher Industrieller den Versuch macht, mit französischen Industriellen oder Politikern zu verhandeln.“

Die „Zeit“, das Berliner Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt:

„Das Ansehen der Regierung würde aufs schwerste erschüttert werden, wenn sie ihre neue Devisenverordnung nicht durchzuführen vermag. Wie nützlich diese Devisenverordnungen sind, geht schon daraus hervor, daß Degoutte in Düsseldorf sie bekämpft. Allerdings hat Herr Degoutte Helfershelfer in den Banken gefunden. Es muß völlige Klarheit darüber geschaffen werden, daß kein rheinischer Wirtschaftsvertreter, und wenn er sich noch so mächtig dünkt, das Recht hat, der Reichsregierung zu erklären, daß er und seine Freunde die Verordnungen nicht durchführen würden. Läßt sich die Reichsregierung derartig auf der Nase herum tanzen, wie es von einigen Führern der Wirtschaft in Köln versucht worden ist, dann geht sie ihrer Staatsautorität überhaupt verlustig. Es macht wirklich einen gar zu kläglichen Eindruck auf die innere Front, wenn man sieht, daß die Deutschen, die Devisen kaufen wollen, sich vor den Toren der ausländischen Banken in Köln drängen, weil ihnen der Devisenkauf bei den deutschen Banken erschwert ist. Wenn wir so tief gesunken sind, daß die Dollarspekulation alles andere überwindet, so müßten wir die Hoffnung auf einen Sieg in Ruhrkampf und auf den Wiederkauf des Volkes überhaupt aufgeben. Es ist nicht wahr, daß alle diese Devisenkäufe wirtschaftlich begründet sind.“

Aber das Thema der Kredite der Ruhrindustrie schreibt Morus in der neuesten Nummer der „Weltbühne“:

„Fünf Monate, nachdem man sich auf den Ruhrkampf eingelassen hat, fängt der Reichstag an, sich etwas eingehender mit der Finanzierungsfrage zu befassen. Zwar ist der sozialdemokratische Antrag, die „Kriegskosten“ durch Besitzsteuern zu decken, auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Es wird also vorläufig weiter, nach dem System Helfferich, mit der Notenpresse gearbeitet. Immerhin mag man sich wenigstens allmählich

darum, die bisherigen Finanzierungsmethoden der Regierung und der Reichsbank einer genaueren Prüfung zu unterziehen.

Das Bild, das sich dabei entrollt, ist allerdings alles andere als erfreulich. Es bestätigt sich, daß das Reich in großem Umfange langfristige Papiermarktkredite gegeben hat, die ihr, infolge der fortschreitenden Geldentwertung, ungeheure Verluste bringen. Auch die äufere Form der Kredite ist schon höchst mangelhaft. Die Reichsbank hat in großem Maßstabe ohne Hinterlegung von Reichsschatwecheln, auf die bloße Garantie des Reiches, den Ruhrindustriellen Geld geliehen. Den Hauptanteil bekamen die Zechenbesitzer. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in Hamburg erhielt allein von der Reichsbank auf nicht wertbeständige Dreimonatswechsel fast 900 Milliarden Mark, von der Reichskreditgesellschaft 200 Milliarden und neuerdings noch einmal 200 Milliarden, die allerdings auf der Grundlage des Preises für die Fettförderloble wertbeständig gemacht werden sollen, bis jetzt aber noch Papiermarktkredite sind. Außer diesen rund 1300 Milliarden erhielten die kleineren Syndikate wie das Rheinische Braunkohlenyndikat und das Aachener Steinkohlenyndikat besondere Kredite von 15 bis 20 Milliarden. Ferner wurde an Privatbanken 400 Milliarden ausgeliehen. Die landwirtschaftlichen Verbände wie die Winger erhielten ein paar Milliarden, so daß sich die Gesamtsumme dieser nicht wertbeständigen Kredite auf über 2 Billionen beläuft.

Zur Finanzierung der Eisenindustrie wurde die Stahlfinanzierungs-G. m. b. H. in Hannover gegründet. Zu ihr gehören Deutsch-Luxemburg, Bochum und Gelsenkirchen (Stinnes), die Rhein-Hütte, Krupp, Phönix und Rheinlath (Otto Wolff), die Gute Hoffnungshütte (Daniel), die Klöcker-Werke, Mannesmann, Stumm, Nambach (Spaeter) und Voest. Die Kredite an die Hüttenbesitzer wurden wertbeständig gemacht und zwar in einer Zeit, als man noch mit einer Besserung des Marktkurses rechnete. Die Hälfte sollte auf Pfund lauten, die andere Hälfte auf der Grundlage der Eisenpreise zurückzahlbar sein. Die Pfundkredite aber pagten den Eisenindustriellen nicht. Solange der Teilungsmodus „Halb und Halb“ bestand, nahmen sie von den 300 Milliarden die für sie ausgesetzt waren, nur 66 Milliarden in Anspruch. Ende Mai drückten sie durch, daß allgemein, bis auf 5 Prozent, der Eisenpreis, den sie, bei einem Warenvorrat von rund 1 1/2 Billionen Mark, in nächster Zeit bis zu einem gewissen Grade selbst regulieren können, als Berechnungsbasis dienen soll, und nun nahmen die Kreditansprüche so zu, daß vor einigen Tagen weitere 300 Milliarden bewilligt werden mußten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch noch die letzten 5 Prozent Pfundkredite bewilligt.

Außer diesen großen Krediten für die Schwerindustrie werden noch recht beträchtliche Summen durch die „Hifa“, die Hilfskasse für gewerbliche Kredite ausgeliehen. Von den mehr als 100 Milliarden, die die „Hifa“ ausgegeben hat, ist auch nur ein kleiner Teil, etwa 5 bis 7 Milliarden, wertbeständig rückzahlbar.

Neben diesen Krediten — von denen freilich das Reich auch nur einen kleinen Teil wiedersehen wird — laufen die Entschädigungen auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes. Wie wir schon früher berichteten, werden durch das Reichsinnenministerium, ohne Prüfung, die angemeldeten Schadensersatzansprüche bis zu 80 Prozent bevorzugt. Und schließlich stehen die Kohlen- und Eisenindustriellen mit dem Reichswirtschaftsministerium in Verhandlung über Vergütungen des Reiches für die „unproduktiven Ausgaben“, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes entstanden sind: etwa für das Umschmelzen der Rohle und andere unnötige Arbeiten, die nur gemacht wurden, um die Arbeiter zu beschäftigen. Gerade diese Scheinarbeiten, die nachträglich kaum kontrollierbar sind, werden der Regierung wahrscheinlich sehr teuer zu stehen kommen.

Aus dieser Übersicht kann man sich ungefähr ein Bild machen, was für Summen der Ruhrkampf bereits verschlungen hat, und was er in Zukunft noch kosten wird. Dabei möchten wir noch einmal sagen, was bereits früher zu diesem Thema gesagt worden ist: Das Reich hat die Pflicht, die Ruhrbevölkerung, Unternehmer und Arbeiter, für die nachweislich entstandenen Verluste, nach Kräften zu entschädigen. Aber die Reichsregierung hat andererseits, gegenüber dem ganzen Volke, die Pflicht, unnötige Ausgaben zu vermeiden und dafür zu sorgen, daß sich nicht einzelne Industrielle auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Dazu ist vor allem notwendig, daß sie die Erfordernisse sorgfältiger als bisher prüft und grundsätzlich nur wertbeständige Kredite hergibt.“

### Politische Neuigkeiten. Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Juli. Beginn nachmittags 2 Uhr. Ohne jede Debatte wird zunächst der Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Patentgebühren dem Rechtsausschuß überwiesen. Die Novelle zum Haftpflichtgesetz, die die Haftpflicht der Eisenbahn erweitert, wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen, ebenso die Verlängerung des Gesetzes über Abweichungen zum Biersteuergesetz bis zum 30. Dezember 1924.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur Reichsversicherungsordnung und zur Angestelltenversicherung. Die Vorlage bringt neben einer Erhöhung der Leistungen eine Einheitsmarke für alle Zweige der Sozialversicherung.

Staatssekretär Dr. Weis erklärt sich mit den vom Ausschuß vorgenommenen Leistungsverbesserungen einverstanden. Von einem Zusammenbruch der Sozialversicherung könne nicht gesprochen werden. Der allgemeine Verfall der Währung habe auch auf die Versicherung schädigend gewirkt. Die Vorlage solle eine größere Wertbeständigkeit der Anlage der Versicherungsgelder ermöglichen und so eine Gesundung herbeiführen. Abg. Giebel (Soz.) äußert verschiedene Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage, stimmt ihr aber zu.

Die Abg. Gerig (Zentr.) und Lambach (D. Natl.) begrüßen die Vorlage als einen erfreulichen Fortschritt; ebenso der Abg. Zitel (D. Sp.). Die Angestelltenversicherung habe schon jetzt über 16 Milliarden wertbeständig angelegt.

Abg. Metzger (Komm.) sieht in der Vorlage die Feststellung des Bankrotts der Sozialversicherung. Der Entwurf sei ein unvollkommenes Fließwerk, das den Arbeitnehmern nur noch mehr Lasten aufbürde.

Abg. Dr. Sid (Dem.) stimmt als letzter Redner in der allgemeinen Aussprache der Vorlage zu.

In der Einzelberatung begründet Abg. Frau Schott (D. Natl.) einen Antrag, wonach den weiblichen Versicherten binnen drei Jahren nach ihrer Verheiratung beim Ausscheiden aus der Angestelltenversicherung die Hälfte der geleisteten Beiträge zurückerstattet wird.

Abg. Frau Schröder (Soz.) wendet sich gegen den Antrag. Die verheirateten weiblichen Angestellten würden keinen Vorteil davon haben, wenn sie für den geringen Betrag der zurückgezählten Beiträge alle Rechte aufgeben.

Als bei den Reden der weiblichen Abgeordneten große Unruhe herrscht (bei der allgemeinen Aussprache waren kaum 80 Abgeordnete im Saal) bittet Präsident Loebe unter großer Heiterkeit „die Herren, die ausnahmsweise einmal im Saale sind, sich ruhig zu verhalten“.

Abg. Zitel (D. Sp.) empfiehlt den Antrag Schott. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stellt Präsident Loebe mit Bedauern fest, daß sich selbst an der Abstimmung so wenig Mitglieder beteiligen, daß die Feststellung des Ergebnisses nur durch Auszählung möglich sei.

Im Sammelstimmung wird der Antrag Schott mit 119 gegen 113 Stimmen angenommen; dagegen stimmen mit den Sozialdemokraten und Kommunisten der Arbeitsminister Dr. Brauns. Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. In der gleich darauf vorgenommenen dritten Beratung werden die Beschlüsse der zweiten Lesung bestätigt.

Eine sozialdemokratische Entschließung, die eine neutrale Vermögensverwaltung für alle Sozialversicherungen fordert, wird gegen die Stimmen der sehr schwach besetzten bürgerlichen Fraktionen angenommen.

Dann steht die zweite Beratung des Gesetzes zum Schutz der Hypothekengläubiger auf der Tagesordnung. Der vom Abg. Dr. Düringer (D. Sp.) eingebrachte Entwurf wollte die Rückzahlung der Hypotheken von der Zustimmung des Gläubigers abhängig machen. Der Ausschuss hat den Gesetzesentwurf abgelehnt und erücht dabei in einer Entschließung die Reichsregierung, beschleunigt einen Gesetzesentwurf vorzulegen, in welchem durch ein vereinfachtes Güterverfahren Vorfälle getroffen wird, daß bei Erlangnisübernahme und Anteilsrechten bei Veräußerung des haftenden Anwesens, bei Auseinandersetzungen oder bei Rückzahlungen ferner bei Unterhaltansprüchen die Geldentwertung, in einer der Billigkeit entsprechenden Weise berücksichtigt wird.

Abg. Düringer (D. Sp.) bedauert den Beschluß des Ausschusses und befürwortet seinen ursprünglichen Antrag. Es sei ein geradezu unbilliger Zustand, wenn ein Mann, der 1912 eine Hypothek von 100 000 Goldmark gegeben habe, jetzt dafür ein goldenes 10-Markstück zurückerhalten und darauf noch 15 Papiermark herausgeben soll. Leider habe der Vertreter des Reichsjustizministers im Ausschuss diesen Zustand sanktioniert und den Antrag auf Schutz der Hypothekengläubiger bekämpft.

Reichsjustizminister Dr. Heinke erkennt an, daß durch die Entwertung des Geldes große Teile des Volkes furchtbar getroffen sind. Das gelte aber nicht nur für die Hypothekengläubiger, sondern auch für alle Zeichner von Kriegsanleihen, für die Sozialrentner und viele andere. Der Antrag Düringer sei unüberführbar. Der Minister bespricht dann die rechtlichen Konsequenzen des Antrags Düringer und lehnt das vom Abg. Düringer beantragte Sperrgesetz ab, weil es trügerische Hoffnungen erwecken und unser Wirtschaftsleben zu unruhigen geeignet sei.

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß noch einige deutsch-nationale Anträge zu der Vorlage eingegangen sind. Auf Antrag Fehrenbach (Zentr.) wird beschlossen, die ganze Angelegenheit mit den neuen Anträgen an den Rechtsausschuss zurückzuberufen.

Dann folgt der sozialdemokratische Antrag, auf Aufhebung des von der bayerischen Regierung am 1. Mai d. J. verhängten Ausnahmezustands.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) beantragt Verweisung des Antrags an den Rechtsausschuss ohne allgemeine Aussprache, woran sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte anschließt, in der die Sozialdemokraten das dringende Ersuchen stellen, die Angelegenheit im Plenum zu besprechen.

Während Abg. Dittmann gegen die Ausschussüberweisung sprach, verlassen die meisten Kommunisten den Saal.

### Abschiedskonzert Agnes u. Willy Zilken.

Nicht aus dem Zwang der Not, für Bruchstücke aus Opern, denen die hiesige Bühne etwa verschlossen wäre, im Konzertsaal zu werden, kam der Abend zustande, sondern um auf dem Konzertpodium nochmals zwei Künstler zu hören, deren Weggang für Karlsruhe unbedingt einen großen Verlust bedeutet. Willy Zilke n. besonders hat in den kurzen Jahren seiner hiesigen Tätigkeit mehr als einmal bewiesen, welch genialer Künstler von ganz eigenartiger Feinkultur er ist, ein Tenor, dem zuzuhören, jederzeit ein Genuß war, da er höchste Klarheit der Phrasierung und Tongebung mit weichem Wohlklang seines modulationsfähigen Organs verband und bravouröse Absichten nie über den Dienst am Kunstwerk selbst stellte.

Aber nicht allein seine Stimmdisziplin hatte als Vorbildlich zu gelten, schönste Wirkung erzielte er auch jedesmal durch seine bedeutende schauspielerische Befähigung, durch die so manche seiner Heldengestalten erst recht zu einem unlöslichen Ganzen verschmolzen wurde und des stärksten Eindrucks sicher war. Sein Abschiedsabend im Eintrachtsaal erlaubte nun noch einmal Konzentration auf das eine Wesentlichste, auf das stimmliche Material des feinsinnigen Künstlers als solches, das sonore, fast baritonale Färbung mit angenehmer kräftiger Höhe vereint und infolge natürlicher Tonentwicklung nie zu gewaltsam hochgetriebenem Stimmprojektum verleitet. In je einer deutschen und italienischen Hälfte der Vortragsfolge hatte Willy Zilken ausgiebig Gelegenheit, zu zeigen, wie sicher er auch an diesem ihm ungewohnten Platz Opernarien in Steigerung und feinfühler Belegung zu erfassen versteht. In durchaus ebenbürtiger Weise unterstülzte ihn teils in Einzelgesängen, teils in Duetten Agnes Zilken, die fraglos zu den Sopranistinnen von hohem Rang gehört und ebenfalls über eine nicht unbedeutliche musikalische Begabung verfügt. Es will schon viel heißen, daß sie, ohne von der Bühnenwirksamkeit her beim Publikum so gut akkreditiert zu sein wie W. Zilken, an diesem Abend fast den stärkeren Beifall für sich in Anspruch nehmen. Die Arien entzückten wahre Stürme des Beifalls, die Wogen der Begeisterung gingen sehr, sehr hoch; auch in Form von Blumenpendeln bezeugte das Publikum, das den Saal bis auf den letzten Platz füllte, seine Dankbarkeit. Mit dem gefeierten Künstlerpaar, das sich zu verschiedenen Dreingaben verstehen muß, konnte aber auch Kapellmeister W. Schwope, der die Begleitung übernommen hatte und mit gewohnter Sicherheit ausführende, an dem Erfolg teilnehmen.

Auf Antrag Dr. Nießer (D. Sp.) wird namentliche Abstimmung beschlossen. Bei der namentlichen Abstimmung werden 120 Stimmen für und 24 Stimmen gegen den Antrag Kahl abgegeben bei vier Enthaltungen. Durch den Auszug der Sozialdemokraten ist das Haus um 1/3 Uhr beschlußunfähig geworden.

Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 2 Uhr: Beratung des sozialdemokratischen Antrags gegen den bayerischen Ausnahmezustand. Kleinere Vorlagen.

### Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Brüssel, 5. Juli. Der Minister des Äußern hat vorgestern den Votschaffer in London beauftragt, die belgische Antwort auf die englische Frageliste zu überreichen. In der Liste befinden sich die beiden Fragen: „Was versteht Belgien unter der Beendigung des passiven Widerstands und welche Form der Besetzung soll an der Ruhr eingeführt werden, wenn dieser passive Widerstand aufhört?“

Die Antwort der belgischen Regierung auf diese Fragen, die gleichlautend der der französischen ist, besagt: „Unter Beendigung des passiven Widerstands versteht die belgische Regierung, daß die belagerten Vorschriften der deutschen Regierung an die Bevölkerung zurückgezogen werden, ebenso alle Bezahlungen aufhören, die gemacht wurden, um die Sirentenden zu unterstützen. Außerdem soll die deutsche Regierung die Leute auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Ausfuhr von Produkten darf nicht gehindert werden. Die deutsche Regierung muß die notwendigen Maßnahmen nehmen, um die Sicherheit der Belgier an der Ruhr zu gewährleisten. Wenn Deutschland sich formell dazu bereit findet, soll die Besetzung eingeschränkt und die Zahl der Truppen auf die absolut notwendige belgische Stärke vermindert werden, die zur Sicherheit der belgischen Zivilbeamten an der Ruhr notwendig ist.“

Paris, 5. Juli. Am gestrigen Nationalfeiertag der Amerikaner wurde in Paris ein Denkmal für die amerikanischen Freiwilligen enthüllt. General Mangin rühmte das Andenken der amerikanischen Soldaten, die durch ihren Beistand der französischen Republik hundertfach die Dienste zurückerstattet haben, die Frankreich während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges geleistet hat. Dann ergriff Poincaré das Wort und betonte, daß die Menschheit die Erinnerung an den letzten Krieg nicht so leicht verlieren und nicht zulassen werde, daß Deutschland jetzt den Sieg in sein Gegenteil umzuwandeln suche. Frankreich brauche heute Friedensfreiwillige, die der deutschen Propaganda entgegen treten und Frankreich in der Welt so darstellen, wie es sei: arbeitsam und friedlich, gerecht und maßvoll und nichts anderes fordernd als Wiedergutmachung seiner Schäden und Sicherung seiner Grenzen (!). Poincaré richtete an Präsident Harding ein Telegramm, in dem er die Hoffnung ausdrückt, daß die Neigungen der beiden Länder sich noch fester knüpfen möchten.

London, 4. Juli. Neuer erfährt, die gestrige Unterredung zwischen dem französischen Votschaffer und Lord Curzon dauerte eine Stunde. Es wurde darüber keine Mitteilung ausgegeben. Nichtsamtlich verlautet jedoch, daß es sich um eine allgemeine Besprechung handelte und daß keinerlei Dokumente überreicht wurden.

Essen, 4. Juli. In Krefeld haben gestern die Trauerfeierlichkeiten für die während der Explosion an der Duisburger Rheinbrücke getöteten belgischen Soldaten stattgefunden. Nach einer Meldung der Zeitung „Le Journal“ versprachen die Regimentskommandeure den Toten, daß sie gerächt werden würden.

Paris, 4. Juli. Nach einer Sabotagemeldung aus Aachen ist wegen der Duisburger Explosion im Einbernehmen mit dem belgischen Kriegsministerium der Stadt Duisburg eine Geldbuße von 30 Milliarden auferlegt worden.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Der Personenverkehrsverkehr zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet ist durch die scharfe Handhabung der französischen Kontrolle überall gehindert, auch nach der englischen Zone. Nach dem Bericht der Reichseisenbahndirektion Köln werden keine Fahrkarten mehr ausgegeben und kein Gepäck mehr abgefertigt.

### Besprechungen des Reichskanzlers.

Berlin 5. Juli. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: Im Laufe des gestrigen Tages fand noch eine weitere Besprechung zwischen Dr. Cuno und dem päpstlichen Nuntius Pacelli statt. Wie vorausgesehen war, gab der Vertreter des Heiligen Vaters dem Wunsch des päpstlichen Stuhls Ausdruck, daß die Regierung sich gegen Sabotageakte wenden möchte. Die Reichsregierung ist umso eher in der Lage, diesem Wunsch nachzugeben, als gerade der Reichskanzler sich zu wiederholten Malen gegen die Sabotageakte ausgesprochen hat.

Im Laufe des heutigen Tages wird eine weitere Besprechung zwischen Dr. Cuno und dem päpstlichen Gesandten stattfinden.

stättfinden. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung sich wahrscheinlich noch heute abends in einer offiziellen Veröffentlichung in der Presse gegen Sabotageakte wenden wird. Gleichzeitig werden auch die rheinischen Abgeordneten voraussichtlich mit Ausnahme der deutschnationalen eine ähnliche Erklärung abgeben. Innerhalb der Sozialdemokratie war der Wunsch nach einer politischen Aussprache im Reichstag noch vor Beginn der Ferien laut geworden. Dr. Cuno machte die Führer der Fraktionen auf die außenpolitischen Folgen einer solchen Aussprache aufmerksam. Im Verlauf der Besprechungen hat der volksparteiliche Abg. Dr. Stresemann den Vorschlag gemacht, den Reichskanzler oder den Außenminister über die mit Pacelli verhandelten Fragen in einer Sitzung des auswärtigen Ausschusses sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung abgelehnt. Aus ähnlichen Gründen wünscht die Regierung keine groß angelegte innenpolitische Aussprache die sich heute oder morgen bei Erörterung der Steuerfragen entspinnen könnte.

### Kurze Nachrichten.

Berlin, 5. Juli. Der „Vorwärts“ berichtet: Der Bundesausschuss des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner gestrigen Sitzung zur Lohnfrage durch die Annahme folgender Entschließung Stellung: „Der Ausschuss des A.D.G.B. hat alle Mittel und Wege zur raschesten Angleichung der Löhne an die Leistung ergriffen und empfiehlt den Gewerkschaften die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für das Auswerten des Lohnes am Zahlungstag ist eine amtliche Wechselschiff einzuführen, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Wechselschiff wird wöchentlich festgestellt und kurz vor dem Zahlungstag im ganzen Reich veröffentlicht werden. Als Tag der Veröffentlichung empfiehlt sich am besten der Mittwoch.“ In einer weiteren Entscheidung beurteilt der Bundesausschuss die verbrecherischen Sabotageakte im Ruhrgebiet.

Paris, 4. Juli. Die Morgenpresse meldet aus London, der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid sei dort angekommen. Er wolle sich mit den Vertretern der Arbeiterschaft besprechen und mit ihnen über die Lage Deutschlands diskutieren.

### Badische Uebersicht.

#### Eine Erklärung der Karlsruher Hochschule.

Anlässlich von Vorlesungen der letzten Zeit haben Senat und Studentenausschuss der Karlsruher Technischen Hochschule einstimmig die folgende Erklärung beschlossen:

„Rektor und Senat sowie der Allgemeine Ausschuss der Studentenschaft sind mit allen Einsichtigen der Überzeugung, daß bei der sehr ernstlichen außenpolitischen Lage alle inneren Zwistigkeiten zwischen Deutschen unbedingt aufhören müssen, und daß alle Versuche, mit gewaltsamen Mitteln innenpolitisch wirken zu wollen, verwerflich sind. Der Allgemeine Studentenausschuss steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Erklärung, die er seinerzeit der Reichsregierung anlässlich der Anwesenheit des Reichspräsidenten abgegeben hat.“

Die Erklärung ist der Studentenschaft durch Anschlag am schwarzen Brett amtlich bekanntgegeben worden.

#### Der Zugverkehr mit Norddeutschland.

Infolge der Unterbrechung des durchgehenden Verkehrs zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. im Bahnhof Langen müssen die Züge zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. über Hilfsstrecken befördert werden, so daß in beiden Richtungen mit Verpätungen der durchgehenden Züge gerechnet werden muß. Der Fahrplan der über die Hilfsstrecken zu leistenden Züge wird gegenwärtig neu aufgestellt und in den nächsten Tagen bekannt gegeben. Auf Wahrung der durchgehenden Verbindungen von Baden nach und von Norddeutschland wird dabei nach Möglichkeit Rücksicht genommen, jedoch muß damit gerechnet werden, daß der Wagnerdurchlauf nach Norddeutschland und umgekehrt wegen der schwierigen Verhältnisse bis auf weiteres im bisherigen Umfang nicht aufrecht erhalten werden kann.

#### Badischer Handwerkstag.

Karlsruhe, 4. Juli. Der Badische Handwerkstag hatte am Dienstag die Vertreter der Regierung, des Badischen Landtags, der handwerklichen und gewerblichen Organisationen zu einem Abend in das „Künstlerhaus“ eingeladen, um Gelegenheit zu geben, mit den Vertretern der Behörden in Gedanken- und Sachverstand zu treten. Die Handwerkskammern Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim, der Landesverband der Badischen Gewerbe- und Handwerksvereinigungen, die Landesfachverbände des badischen Handwerks und der Verband Badischer Handwerkervereinigungen waren vertreten. Der Präsident des Handwerkertages Stadtrat J. Groß-Mannheim begrüßte die Erschienenen und betonte, die Veranstaltung möge dazu dienen, daß die Behörden die Wünsche des Landtags hören, für das er das Wohlwollen der Treue zum Reich und zum Land Baden abgeben könne.

Der Geschäftsführer des Handwerkertages, Syndikus Hauser-Mannheim gab ein Bild der handwerklichen Organisationen und ihrer Tätigkeit. In seinen Darlegungen berührte Syndikus Hauser die verschiedenen Wünsche, die das Handwerk heute bewegen. Er erwähnte dabei das Submissionswesen, die Kapital- und Kreditnot, das Lehrlingsmangel, das gewerbliche Unterrichtswesen, wobei das gute Verhältnis zwischen Handwerk und oberen Behörden Erwähnung fand. Wägen in der Zukunft, so hob der Redner, die Behörden des Staates und der Gemeinden den Bestrebungen des Handwerks die ihm gebührende Beachtung schenken, damit das Handwerk auch weiterhin als der heutige wertvolle Teil unserer Volkswirtschaft bestehen bleiben kann.

Nach diesen Darlegungen erwiderte Staatspräsident Remmel. Das Handwerk habe noch heute einen goldenen Boden, wenn es beruhe, in Technik und Leistung sich den Anforderungen der Zeit anzupassen. Gewiß sind im Laufe der Jahrzehnte manche handwerklichen Berufe verschwunden, aber es gibt auch neue Berufe im Handwerk. Das Handwerk hat das Recht auf Existenzmöglichkeit, und die Staatsregierung wird das Ihrige dazu tun müssen, um diese Existenzmöglichkeiten im Rahmen des Allgemeinlebens zu sichern und auszubauen. Aber auf den Staat allein darf sich das Handwerk nicht verlassen. Wenn wir uns verstehen, dann wird eine Zusammenarbeit möglich sein, dann wird das Handwerk noch auf Generationen hinaus die Existenzmöglichkeiten haben, mit denen es heute rechnen kann.

### Paul Keller, der gefeierte schlesische Dichter.

Paul Keller, der gefeierte schlesische Dichter, begeht am 6. Juli seinen 50. Geburtstag. Er steht seit Jahren in der ersten Reihe aller deutschen Schriftsteller. In seinen köstlichen kleinen Geschichten, die in sieben Bänden vorliegen, in seinen acht großen Romanen zeigt sich seine tiefe Lebenswahrheit. Wenn „Waldwinter“ bisher 216, „Der Sohn der Gagar“ 186, „Ferien vom Jäh“ 221 Auflagen erlebt haben, die übrigen Romane jeder in weit mehr als hunderttausend Stück verbreitet sind, so zeugt schon dieser äußere Erfolg für die tiefgreifende Wirkung dieses Dichters.

Im Maiheft der Zeitschrift für Musikwissenschaft ist eine mit Notenbeispielen ausgestattete ausführliche Arbeit des Göttinger Musikwissenschaftlers Professor Dr. Ludwig Erschienen, in der dieser erste Kenner der mittelalterlichen Musik über die Ergebnisse der lehrjährigen Aufführungen mittelalterlicher Musik, die gemeinsam mit dem Freiburger Musikwissenschaftlichen Institut in der Badischen Kunsthalle zu Karlsruhe veranstaltet wurden, eingehend berichtet und ihre grundsätzliche Bedeutung für die Erkenntnis der mittelalterlichen Musik würdigt.

Die Dresdener Staatskapelle gibt morgen Freitag, den 6. Juli, abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle das wiederholt angeforderte Symphoniekonzert unter Leitung ihres Generalmusikdirektors Erik Busch. Das Orchester zählt bekanntlich zu den allerbesten. Vielfachen Wünschen entsprechend wurde das Programm insofern geändert als die Eroica-Symphonie von Beethoven an den Schluss gestellt worden ist, gewissermaßen als krönender Abschluß. Um eine allzu lange Dauer zu vermeiden, wird an Stelle der ursprünglich festgesetzten D-dur-Symphonie von Brahms, die „Unvollendete“ von Schubert gestellt. Der größte Teil der Eintrittskarten ist bereits verkauft; da es zweckmäßig ist, ob an der Abendkasse noch Karten zu haben sind, ist es empfehlenswert, dieselben im Vorverkauf zu lösen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 33.

Städtisches Konzerthaus. In der Samstag, den 7. Juli stattfindenden Ernteaufführung „Die Försterehrfurcht“ von Georg Kerno sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen Doree, Geuber, Mora und Steffter, sowie die Herren Bahar, Daurer, Schütz, Steidl und Straffer. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mühl.

Verbandsmitglied ... brachte Wünsche der ...

Verein Südwestdeutscher Zeitungs- verleger e. V.

Unter überaus zahlreicher Teilnahme hielt der Verein am 1. Juli in Donaueschingen eine außerordentliche Mitglieder- versammlung, die gleichzeitig als eine zweite ordentliche, durch die derzeitigen Verhältnisse bedingt, anzusehen ist.

Die größte Schwierigkeit besteht in der Preisgestaltung des Zeitungspapiers, das ab 1. Juli durch einseitige Preisfest- setzung der Papierfabrikanten 74 Millionen Mark für eine 10.000-Kiloladung (im Frieden 2000 Mark) kosten soll und zwar nur bis 15. Juli.

Die Versammlung war sich des Ernstes der Situation durch- aus bewusst und hat in voller Erkenntnis der Lage die An- träge des Vorstandes in geschlossener Einmütigkeit gebilligt.

Nach Lage der Dinge wurden Beschlüsse zu wesentlichen Er- höhungen der Bezugs- und Angebotspreise mit sofortiger Wir- kung gefaßt werden.

Leider mußte die Versammlung auch gegen Angriffe aus dem eigenen Lager Stellung nehmen. Der Hauptschriftleiter der 'Vostischen Zeitung', Georg Bernhardt, hat vor einiger Zeit einen Artikel über oder besser gegen die deutsche Presse er- schienen lassen, der die schmerzlichen Angriffe gegen die deutschen Zeitungsverleger enthielt.

In unverantwortlicher Weise hat der Redakteur der 'Vostischen Zeitung', Georg Bernhardt, in dem von ihm redigierten Blatt unter der Überschrift 'Weiß das deutsche Volk...' unter anderen unfaßlichen Mitteilungen folgende Behauptung aufgestellt: 'Weiß das deutsche Volk eigentlich, daß schlecht gerechnet 90 v. H. der deutschen Presse heute im Besitz (solcher) industriellen Großunternehmer und ihrer Tochtergesell- schaften sind?'

Die Tagung war umrahmt von einigen geselligen Zusam- menkünften und verbunden mit der Besichtigung des fürstlichen Archivs, der Bibliothek und der fürstlichen Sammlungen, die allseits großes Interesse erweckten.

In besonders warmer und herzlich Weise gedachte der Vorsitzende in seinen Begrüßungsworten neben den Gästen Bürgermeister Fischer, den Vertretern des Vereins 'Württem- bergischer Zeitungsverleger', der Kollegen in den besetzten Ge- bieten, die zurzeit einen besonders schweren Kampf im Inter- esse der Erhaltung der deutschen Presse zu bestehen haben.

Der Badische Städteverband

Hielt dieser Tage in Pforzheim eine Vorstandssitzung ab. Aus der Tagesordnung sind folgende Punkte hervorzuheben: Ein engeres Zusammengehen des Badischen Städteverbandes und des Badischen Städtebundes ist im Interesse beider Verbände notwendig und wird daher angestrebt.

Die Lebensmittelversorgung der Städte, insbesondere die Milchversorgung und das Fürsorgewesen erfordern ungeheure Summen, für deren Aufbringung den Städten Kredite zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn sie den gestellten Aufgaben gerecht werden sollen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Natur- und Kunstbühner, ihre Zusammensetzung, Anwendung und Wirkung bei unseren Pflanz- gen. Von Landwirtschaftsrat M. Kähler, Verbandssekretär beim Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaft- licher Kreisverbände, 3. verbesserte Auflage.

DZ. Mannheim, 4. Juli. Im Monat Juni 1923 gelang- ten bei der Wasserabteilung der Mannheimer Schöpfungspolizei zur Anzeige: wegen Preistreiberi 61, Kettenhandels 13, unerlaubten Handels 56, unerlaubter Ausfuhr 2, unerlaubter Preisauszeichnung 43, Begünstigung 1, und 76 Personen wegen sonstiger Vergehen und Übertretungen.

DZ. Offenburg, 3. Juli. Die Verkehrsperre für das be- setzte Gebiet ist heute Nacht 12 Uhr in Kraft getreten.

DZ. Offenburg, 2. Juli. Das 100jährige Bestehen des Klo- sters 'Unserer Lieben Frau' wurde heute festlich begangen. Beim Hauptgottesdienst hielt die Festpredigt Dekan Lipp, der des Klosters Leiden und Freuden, Wirken und Erfolge an Hand der wichtigsten geschichtlichen Tatsachen des verflohenen Jahr- hunderts schilderte.

DZ. Freiburg, 2. Juli. Gestern fand hier die Landesver- sammlung des badischen Landesvereins für Säuglings- und Kinderfürsorge statt, zu der von der Regierung Arbeitsminis- ter Dr. Engler, der Vertreter des Justizministeriums, Ober- regierungsrat Amthauer, des Innenministeriums, Oberregie- rungsrat Dr. Kaufmann, Landeskommissar Geh. Oberregie- rungsrat Dr. Schneider, Generalvikar Dr. Mutz und erzbis- chöfliche Ordinarien, sowie Oberbürgermeister Dr. Bender erschienen waren.

Die Tagung war umrahmt von einigen geselligen Zusam- menkünften und verbunden mit der Besichtigung des fürstlichen Archivs, der Bibliothek und der fürstlichen Sammlungen, die allseits großes Interesse erweckten.

In besonders warmer und herzlich Weise gedachte der Vorsitzende in seinen Begrüßungsworten neben den Gästen Bürgermeister Fischer, den Vertretern des Vereins 'Württem- bergischer Zeitungsverleger', der Kollegen in den besetzten Ge- bieten, die zurzeit einen besonders schweren Kampf im Inter- esse der Erhaltung der deutschen Presse zu bestehen haben.

Die Tagung war umrahmt von einigen geselligen Zusam- menkünften und verbunden mit der Besichtigung des fürstlichen Archivs, der Bibliothek und der fürstlichen Sammlungen, die allseits großes Interesse erweckten.

DZ. Freiburg i. Br., 2. Juli 1923. Im katholischen Vere- inshaus fand gestern zu Ehren des verstorbenen Weihbischöfs Leo- bar von Kälbel eine Gedächtnisfeier statt.

DZ. Güttenbach, Amt Triberg, 2. Juni. Unter Teilnahme der Gemeindeglieder von Güttenbach und Obersimonswald, der Amtsverbände von Triberg und Waldkirch, der Straßen- bewahrspektoren von Donaueschingen und Emmendingen sowie

Forstmeister Bosh von Furzwangen fand hier eine Be- sprechung über den Neubau der Straße über die wilde Gutach bei der Pfaffenmühle statt, ein Projekt das seit langem ein Streitobjekt bildet.

DZ. Singen a. S., 1. Juli. Die Verhandlungen zwischen der Direktion und den Kommissionen der Arbeiterschaft haben bis- her zu keinem Ergebnis geführt. Bei der Abstimmung über den Streit ergaben sich 800 für und nur 19 gegen die Arbeitsnie- derlegung.

DZ. Das 1. Oberheinische Kirchenmusikfest, das bekanntlich im Juli in St. Blasien stattfinden sollte, wird nun erfreulicher- weise zum größten Teil in Freiburg abgehalten, während nur ein kleiner Teil des Programms in St. Blasien zur Auffüh- rung kommen kann.

Aus der Landeshauptstadt.

Beim Postsekretariat in Karlsruhe waren Ende Juni 45 898 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postkonten sind in dies in Monat gebucht worden: 673 638 081 000 M. Guthabenschriften, darunter 335 615 Einzahlungen mit Zahlarten über 156 631 433 000 M. und 598 391 Überweisungen über 616 998 459 000 M.

# Kombinierte Feuerwehrlübung. An dem Gebäude der Eisenbahnhauptkasse, Ecke der Lamm- und Kriegsstraße, hielt am Freitag abend 1/2 Uhr im Verein mit der Feuerwache, sowie der Feuerwehr des Eisenbahnausbesserungswerkes, die seit September v. J. ebenfalls uniformiert ist, die Bahnhofs- feuerwehr unter Leitung ihres Kommandanten Klose, eine kombinierte Übung ab, welche von kleinen Zufälligkeiten ab- gesehen, einen sehr schönen Verlauf nahm.

Theatergemeinde des B.A.B. Die Theatergemeinde macht ihre Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Ein- schreibun- gen für das neue Spieljahr soden begonnen haben. Die bis- herigen Mitglieder genießen den Vorteil, daß sie mit ermäßigter Einschreibgebühr und ihren bisherigen Mit- glieder-Nummern weitergeführt werden, sofern sie bis 16. Juli sich neu eingeschrieben haben.

Word. Gestern nachmittag wurde die 24jährige Ehefrau des in der Durlacherstraße 93 wohnenden Händlers Hermann Fuchs von dem 23jährigen Tagelöhner Fritz Reither durch einen Schnitt durch den Hals getötet.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Landesversicherungsamts.

Nachdem für die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Landesversicherungsamts für die verschiedenen Gruppen der Wahlberechtigten nur je 1 Vorschlagsliste eingereicht wurde, so gelten die in ihr Benannten in der Reihenfolge der Liste als gewählt.

Aus der Landwirtschaft:

I. Arbeitgeber.

A. Mitglieder:

- 1. Neuwirth, Heinrich, Altbürgermeister in Redarbischofsheim,
2. Bollmer, Max, Gutspächter in Maxau,
3. Borell, Wilh. Albert, Landwirt und Bürgermeister in Friedrichstal,
4. Gebhard, Albert, Gutspächter in Dammhof, Amt Eppingen.

B. Stellvertreter.

- 1. Garb, Heinrich, Gutspächter in Hohenwettersbach,
2. Hemberger, Gottfried, Landwirt und Gastwirt in Ober- schiedental,
3. Gros, Heinrich, Landwirt und Altbürgermeister in Belsch- neurent,
4. Schab, Franz, Landwirt in Walsch,
5. Fellmann, Philipp, Landwirt in Bergshausen,
6. Schell, Karl, Landwirt und Altbürgermeister in Köhlin- gen,
7. Ficht, Johann, Gutsbesitzer in Guggenhausen, Amt Stoll- bach,
8. Schönenberger, Albert, Gutsbesitzer in Hindelwangen.

**II. Versichert.**  
**A. Mitglieder:**

1. Niehl, Hans, Kreisleiter des Landarbeiterverbandes in Karlsruhe.
2. Wächter, Karl, Landarbeiter in Philippsburg.
3. Schwann, Ferdinand, Arbeitersekretär in Karlsruhe-Müppurr.
4. Merkle, Ernst, Landarbeiter, Postamt Königsbach.

**B. Stellvertreter:**

1. Hoff, Franz, Holzarbeiter in Ebersteinburg.
2. Dittlenlocher, Karl, Beamter in Riefen.
3. Daffner, Josef, Holzarbeiter in Lodenheim.
4. Gauß, Friedrich, Schneider in Durlach.
5. Gessell, Anton, Landarbeiter in Kenzingen.
6. Klump, Jakob, Holzarbeiter in Reichental (Murgtal).
7. Reutem, Fritz, Schneider in Siedelbronnerhof bei Bruchsal.
8. Müller, Wilhelm, Landarbeiter in Sulzfeld.

**Aus dem Gewerbe:**

**Versichert.**

- A. Mitglieder:**
1. Gaarer, Hermann, Arbeitersekretär in Forstheim.
  2. Schulenburg, Gustav, Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe.
  3. Friedemann, Paul, Kassenangestellter in Mannheim.
  4. Riegelmaier, Anton, Kassenkassenverwalter in Oberkirch.

**B. Stellvertreter:**

1. Blum, Philipp, Metallarbeiter in Karlsruhe.
2. Heinrich, Kurt, Schreiner in Mannheim.
3. Hülsen, Robert, Schlosser in Karlsruhe-Kirchheim.
4. Friese, Franz, Schlosser in Gaggenau.
5. Reichle, Otto, Mechaniker in Forstheim.
6. Frank, Friedrich, Werkmeister in Karlsruhe.
7. Wadert, Anton, Fabrikarbeiter in Ellingen.
8. Peterfen, Hermann, Glaser in Forstheim.

Karlsruhe, den 28. Juni 1923.  
Der Beauftragte  
des Landesversicherungsamts für die Leitung der Wahl der  
nichtständigen Mitglieder des Landesversicherungsamts:  
Dr. Schmoff, Ministerialrat. Meher.

Die Ortsliste in dem Bezirke des Oberversicherungsamts  
Mannheim werden gemäß §§ 149, 151 R.V.O. in der Fassung  
des Reichsgesetzes vom 26. Januar 1923 — R.G.-Bl. S. 67 —  
mit Wirkung vom 1. Juli 1923 bis auf weiteres festgesetzt wie  
folgt:

Bezirk des Ver- sicherungsamts oder der Gemeinde	Ortslohn gewöhnlicher Tagelöhner im Alter von							
	über 21 Jahren		16 bis 21 Jahren		unter 16 Jahren			
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	14—16 Jahr.	un- ter 14 Jahr.	männl.	weibl.
Abelsheim . . .	7000	5500	6000	5000	4000	3200	2000	1400
Bogberg . . .	7000	5500	6000	5000	4000	3200	2000	1400
Buchen . . .	8200	6000	6500	5500	5000	3500	2700	1700
Eberbach . . .	12000	9000	10500	7500	6000	4500	3000	2500
Eppingen . . .	11000	8000	8500	7000	5500	4500	3000	3000
Heidelberg . . .	21000	13500	14000	10500	8000	6000	4000	4000
Mannheim:								
a) Mannheim-Stadt	27000	20000	24000	18000	10000	7000	5000	4000
b) übr. Gem.	18000	12000	12500	10000	7000	5000	3500	3000
Mosbach . . .	8200	6000	6700	5500	5000	3500	2700	1700
Schweizingen . . .	21000	13500	13500	10500	7000	5000	3500	3000
Sinsheim . . .	11500	8000	8500	7000	5500	4500	3000	2500
Tauberbischofsheim . . .	8000	6400	6800	5600	5000	4000	2700	1700
Weinheim . . .	21000	13500	13500	10500	7000	5000	3500	3000
Wertheim . . .	8000	6400	6800	5600	5000	4000	2700	1700
Wiesloch:								
a) Wiesloch-St. u. Balldorf	11500	8000	8500	7000	5500	4500	3500	3000
b) übr. Gem.	10000	7000	7500	6000	5000	4000	3000	2500

Mannheim, den 30. Juni 1923.  
Bab. Oberversicherungsamt.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in  
Balldorf (Amt Wiesloch) wird zur Bewerbung ausgeschrieben.  
Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeug-  
nisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.  
Karlsruhe, den 30. Juni 1923.  
Der Minister des Innern,  
J. A. Arnsperger. Müller.

**Personeller Teil.**

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw.  
der planmäßigen Beamten.

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.**

Ernannt:  
Regierungsrat Josef Amberger zum 2. Beamten des Landes-  
kommissärs in Mannheim.  
Verwaltungsoberrat Friedrich Wes bei der Landesversiche-  
rungsanstalt Baden zum Verwaltungsverwaltungsinpektor.  
Planmäßig angestellt:  
Kanzleiaffizient August Stolz bei der Landesversicherungs-  
anstalt Baden in Karlsruhe.

Entlassen:  
Polizeiwachmeister Eugen Ristat in Mannheim.

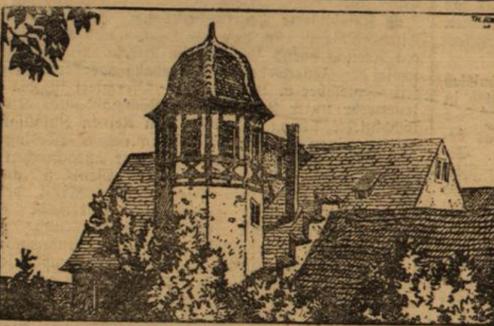
**Ministerium des Kultus und Unterrichts.**

Entlassen:  
Professor Franz Staerk an der Helmholz-Oberrealschule in  
Karlsruhe auf Ansuchen.

**Ministerium der Finanzen.**

Übernommen  
von der Vermögensverwaltung der Großherzogin Luise und  
zum Domänenamt Baden versetzt:  
Verwaltungssekretär August Herrmann unter Verleihung  
der Amtsbezeichnung Finanzsekretär, und Josef Maier  
unter Verleihung der Amtsbezeichnung Kanzleiaffizient.  
Zurückgesetzt:  
Finanzinspektor Alfred Wiesel in Karlsruhe bis zur Wieder-  
herstellung seiner Gesundheit.

**Ein Heimatbuch von bleibendem Werte!**



**Eckhart**

**Kalender für das Badner Land**

Im Auftrag des Vereins „Badische Heimat“ herausgegeben.  
Die Jahrgänge 1921, 1922, 1923 sind noch vorrätig. Preis je 2000 M.  
Die Kalender enthalten wertvolles Bildmaterial von Hans Thoma,  
S. A. Bühler, C. Liebig, Adolf Hildenbrand, Albert Hauelsen u. a. m.

Aus dem literarischen Inhalt heben wir hervor:  
Jahrgang 1921. Vorwort. Von Hans Thoma. / Emmendingen. Von Otto  
Goeth. / Trachten des Ringgaues. Von Curt Liebig. / Schwarzwälder-  
geschichten. Von Hans Thoma. / Hans Adolf Bühler. Von Max Wingen-  
roth. / Gedichte. Von Hermann Burte. / Der Friedhofstifter. Von Albert  
Schneider. / Gedichte. Von Friedrich Singer u. a. m.  
Jahrgang 1922. An Eckhart den Treuen. Von Hans Thoma. / Mars, Sonne  
und Mond. Von Hans Thoma. / Adolf Hildenbrand. Von Hermann  
Erpf. / Winterlieder. Von Otto Goeth. / Tauberbischofsheim. Von  
Josef Sauer. / Das Marionettentheater von Ivo Kubony in Baden-  
Baden. / Frösche, Nachigall und Lerche. Von Fritz Thum. / Gueb-  
Wetterluft. Von Paul Körber. / Das Gimmelshausen-Denkmal zu  
Rechen. / Von C. Kistner. / Die Volkstracht des hinteren Oberrheins.  
Von Max Walter. / Aus dem Leben des Raters Murr. Von Gustav Münzel.  
Jahrgang 1923. Zum Geleit. Von Hans Thoma. / Gedichte. Von Emanuel  
von Bodman. / Albert Hauelsen. Von Theodor Bus. / Reichenauer  
Häuser. Von Otto Gruber. / Majolika-Manufaktur Karlsruhe. Von  
Hermann Erpf. / Badische Hochzeitsbräute. Von Eugen Fehle.  
/ Die Volkstracht des Ganzer Landes. Von Aug. Rich. Maier. / Kleine  
Heimatbilder. Von Karl Joho. / Ohne Licht. (Ein dunkles Bild aus dem  
schwarzen Schwarzwald.) Von Hans Thoma. / Der Pfaffenstein (eine  
parabolische Erzählung). Von Hermann Burte u. a. m.  
In allen drei Kalendern politische, kirchliche u. literarische Übersichten der betr. Jahre

Verlag G. Braun in Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

**Badisches Landestheater.**

Freitag, 6. Juli. 7—9<sup>1/2</sup> Uhr. Sp. I 18 000 M.  
Abonn. D 24. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3901—4500.

**Die lustigen Weiber von Windsor.**

**Englische Kohlen**  
Für erste Importfirmen bieten wir  
alle Sorten Industrie- u. Gaskohlen  
in jeder gewünschten Menge an

**Menzinger-Fendel**  
Transportgesellschaft m. b. H.  
Karlsruhe I. B., Telegramm-Adr. Transitverkehr  
Telephon 4668 2597

S. 831. Rastatt. Der  
Wagner Wilhelm August  
Hilger in Elchesheim hat  
das Angebot des einge-  
tragenen Eigentümers des  
Grundstückes von Elches-  
heim Band 13, Heft 15,  
B. G. I Nr. 1 eingetra-  
genen Grundstückes Lsg.  
Nr. 2840 Ackerland mit  
12 a 87 qm in dem „Un-  
teren Gedensteil“ (Wrenn-  
meister Peter Hilger von  
Elchesheim) beantragt. Der  
bisherige Eigentümer des  
Grundstückes, Peter Hilger,  
wird aufgefordert, späte-  
stens in dem auf Freitag,  
den 26. Oktober 1923, vor-  
mittags 9 Uhr, vor dem  
Amtsgericht Rastatt anbe-  
raumten Aufgebotsstermine  
seine Rechte anzumelden,  
widrigenfalls seine Aus-  
schließung erfolgen wird.  
Rastatt, 29. Juni 1923.  
Der Gerichtsschreiber  
des Amtsgerichts.

**Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft**  
Bilanz am 31. Dezember 1922.

A. Aktiva.		M	P	M	P	M	P
1. Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital							12 600 000
2. Sonstige Forderungen:							
a) Rückstände der Versicherten							
b) Rückstände bei General-Agenten bzw. Agenten		418 868	08				
c) Guthaben bei Banken		515 944	235	09			
d) Guthaben bei anderen Versicherungsunterneh- mungen		32 768	685	90			
e) im folgenden Jahre fällige Zinsen, soweit sie an- teilig auf das laufende Jahr treffen		2 794	562				
f) anderweit:							
Saldi verschiedener Abrechnungen		5 806	631	96	976 122	201	93
3. Kassenbestand							20 199 261
4. Kapitalanlagen:							
a) Hypotheken und Grundschuldforderungen		10 919	300				
b) Wertpapiere		48 658	392				
c) Darlehen auf Wertpapiere							
d) Wechsel							
e) Darlehen		225	995	28	59 833	687	28
5. Grundbesitz							31 564 000
6. Inventar (abgeschrieben)							
7. Sonstige Aktiva							
Gesamt-Betrag							1 100 319 150
B. Passiva.		M	P	M	P	M	P
1. Aktienkapital							18 000 000
2. Überträge auf das nächste Jahr, zu a und b nach Abzug des Anteils der Rückversicherer:							
a) für noch nicht verdiente Prämien:							
Feuer-Versicherung		564 446	364	02			
Einbruch-Diebstahl-Versicherung		44 291	737				
Aufbruchschäden-Versicherung		16 637	626	47			
Wasserleitungs-Schäden-Versicherung		2 378	834				
Transport-Versicherung		500	000				
Unfall- und Haftpflicht-Versicherung		971	320		629 225	881	49
b) für angemeldete, aber noch nicht eingezahlte Schäden:							
Feuer-Versicherung		23 437	310	80			
Einbruch-Diebstahl-Versicherung		5 298	590	64			
Aufbruchschäden-Versicherung							
Wasserleitungs-Schäden-Versicherung		845	408				
Transport-Versicherung		215	000				
Unfall- und Haftpflicht-Versicherung		732	992		30 529	301	44
c) anderweit:							
für etwaige Ausfälle und zweifelhafte Forderungen Prämienrückstellungen (Unfall)					22 726	81	659 777 909
74							
3. Hypotheken und Grundschulden, sowie sonstige in Geld zu schätzende Lasten auf den Grundstücken, Nr. 5 der Aktiva							100 000
4. Garantien							
5. Sonstige Passiva:							
a) Guthaben anderer Versicherungs-Unternehmungen					316 877	887	29
b) anderweit:							
Dividenden-Rückstände		148	000				
Beamtenwitwenkasse		99	205	35			
Pensionskasse der Beamten		1 358	514	90			
Gemeinnütziger Fonds		187	458	91			
Konto der Verwendungen der Direktion zu gemein- nützigen Zwecken		29	700				
Ergänzungsfonds der Witwen- und Pensionskasse der Beamten		940	840	19			
Saldi verschiedener Abrechnungen		4	754	15	2 768	473	50
6. Kapital-Reservefonds							14 000 000
7. Rücklagen:							
a) für noch nicht erhobene Zinsen					584	989	88
b) für ungewisse Forderungen					1	548	000
8. Spezialreserven:							
a) zur Deckung außergewöhnlicher Bedürfnisse					4	000	000
b) Spar-Reservefonds					1	500	000
c) Dividenden-Ergänzungsfonds					2	495	143
d) Organisationsfonds							7 995 143
9. Gewinn							78 666 747
Gesamt-Betrag							1 100 319 150
							81

Nachen, den 30. Juni 1923. Der Vorstand: Epans. 2.606